

Schwerpunktsetzungen zur Verbreiterung der Friedensbewegung

erstellt von: Karl-Heinz Peil, Bundesausschuss Friedensratschlag.

1. Friedenspolitische Schwerpunkte 2018

1.1 Umfeld der politischen Entwicklungen 2017

Wichtige Entwicklungen in 2017 für weltweite zivilgesellschaftliche Bewegungen sind vorhandene und sich abzeichnende humanitäre Katastrophen unterschiedlicher Art. Auf globale Ebene wären hier zu nennen:

- Die weltweiten Fluchtbewegungen, ausgelöst durch Konflikte, Klimaveränderungen und globale Ungerechtigkeit, haben auch 2017 deutlich zugenommen.
- Drohgebärden mit dem Einsatz von Atomwaffen – vor allem zwischen Nordkorea und den USA - sind wieder auf der Agenda.
- Humanitäre Katastrophen durch Kriegsführung gegen die Zivilbevölkerung, wie die im Jemen, werden von Regierungen billigend in Kauf genommen.
- Die politischen Maßnahmen zur Verhinderung einer sich abzeichnenden Klimakatastrophe werden als unzureichend wahrgenommen. Dieses gilt insbesondere nach Trumps Abkehr von Pariser Abkommen und der COP23-Konferenz in Bonn.
- Die weltweite Ungleichheit zwischen arm und reich klafft immer weiter auseinander.
- Die weltweite Umweltverschmutzung führt zu schweren Erkrankungen und dadurch ansteigende Mortalitätsraten bei Mensch und Tierwelt, z.B. durch die Luftverschmutzung in Großstädten und die Vermüllung der Weltmeere.

Auf nationaler Ebene sind als Politik der bisherigen und voraussichtlich auch der künftigen Bundesregierung hervorzuheben:

- Marginalisierung der o.g. globalen Probleme, was auch als mangelnde Relevanz im Bundestagswahlkampf 2017 ersichtlich wurde. Stattdessen Dominanz des „Flüchtlingsproblems“ mit den Stichworten: Obergrenzen, Familienzuzug, Abschiebungen sowie Anti-Terror-Hysterie
- Austeritätspolitik („Schwarze Null“) mit der Konsequenz verschärfter sozialer Probleme bei gleichzeitiger Bereitschaft zur wesentlichen Erhöhung der Rüstungsausgaben
- Aufrüstung zum präventiv-autoritären Sicherheitsstaat und Militarisierung der „Inneren Sicherheit“
- Absage bzw. Nichtbeachtung des UN-Vertrages zur Abschaffung von Atomwaffen
- ein forcierter Rüstungsexport trotz aller Bekundungen seitens des Wirtschaftsministeriums und aus den Reihen der SPD, dass eine restriktivere Handhabung erfolgen soll

Für die Friedensbewegung bedeutsam waren 2017 neben den traditionellen Aktionen anlässlich der NATO-Sicherheits-tagung in München, den Ostermärschen, Hiroshimatag und Antikriegstag:

- Gegenaktionen zum NATO-Gipfel in Brüssel
- Gegenaktionen zum G20-Gipfel in Hamburg
- Aktionspräsenz über 20 Wochen in Büchel
- Ramstein-Aktionstage

- UN-Vertrag zur Atomwaffenächtung und Friedensnobelpreis an ICAN

Zivilgesellschaftliche Entwicklungen in Deutschland, die auch von der Friedensbewegung beachtet werden sollten, sind:

- TTIP/CETA, siehe Großdemonstrationen im Jahr 2016
- Arbeitskämpfe gegen Dumping-Löhne und prekäre Beschäftigungsverhältnisse
- Proteste gegen Privatisierungen von öffentlicher Infrastruktur und gemeinnützigen Dienstleistungen
- Umweltaktivitäten gegen Konzernmacht und deren Interessen (Energiekonzerne und Kohleverstromung, Automobilindustrie und Dieselskandal, Bayer/Monsanto und Glyphosat, Agrarindustrie und Massentierhaltung)

1.2 Friedenspolitische Schwerpunktforderungen

1.2.1 Kriege beenden

Aktuelle Kriege, Bürgerkriege und vergleichbare Konflikte werden geführt wegen:

- Politik des „Regime change“, die vor allem von der US-Regierung nach wie vor betrieben wird
- Sicherung von Rohstoffquellen und Versorgungswegen (z.B. Erdgaspipelines)
- geostrategische Interessen, vor allem gegenüber Russland und China

Zentrale und übergreifende Forderungen sind seitens der Friedensbewegung hierbei

- alle Auslandseinsätze der Bundeswehr beenden, d.h. keine Mandatsverlängerungen im Bundestag
- Waffenexporte in Kriegs- und Konfliktregionen stoppen durch tatsächliche und wirksame Restriktionen
- US-Kampfdrohneinsätze via Ramstein und Bundeswehr-Kampfdrohnenbeschaffung stoppen
- zivilen Aufbau und Entwicklung in Konfliktregionen fördern

Zum Ukraine-Konflikt: Die Umsetzung des Minsk II-Abkommen - an dem Angela Merkel maßgeblich mit beteiligt war – ist von der Ukraine verhindert worden. Die deutsche Verantwortung an diesem Konflikt, der von einseitigen Schuldzuweisungen an Russland und nicht vorhandener Kritik an dem Regime in der Ukraine geschürt wird, ist deshalb aufzuzeigen.

Zum Syrien-Konflikt: Nach wie vor erfolgt eine teils offene, teils versteckte Unterstützung terroristischer Gruppen in Syrien durch NATO-Staaten. Zu fordern ist vor allem die Aufhebung des EU-Wirtschaftsembargos gegen das „Assad-Regime“, da hiermit der Wiederaufbau Syriens in den von Terrorgruppen befreiten Landesteilen massiv behindert wird.

Zum Mali-Einsatz: Hier besteht massiver Aufklärungsbedarf zu den Hintergründen des Bundeswehr-Mandates.

Zum Afghanistan-Einsatz: Angesichts der Abschiebung von afghanischen Flüchtlingen besteht Aufklärungsbedarf zur realen (Bürger-)Kriegssituation.

Zum Israel/Palästina-Konflikt: Die israelische Besatzungs- und Kriegspolitik erfordert in Übereinstimmung mit israelischen Friedensorganisationen und jüdischen Persönlichkeiten eine kritische Haltung gegenüber der israelischen Regierung, womit auch der Diffamierung jeglicher israelkritischer Stimmen mit Antisemitismus-Vorwürfen entgegen getreten werden muss.

1.2.2 Abrüstung für globale Gerechtigkeit

Die Ausbeutung der Länder des globalen Südens mit der Verhinderung einer nachhaltigen gesellschaftlichen Entwicklung erfolgt auf mehreren Ebenen durch:

- Degradierung zu billigen Rohstofflieferanten
- Vereinnahmung für Absatzmärkte durch Produkte, die dort nicht der wirtschaftlichen Entwicklung dienen, wozu auch Waffenexporte gehören
- Niedriglohnproduktion von transnationalen Konzernen für Konsumgüter

Vor allem zur Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen wird die Bundeswehr immer mehr zur weltweiten Interventionsarmee ausgebaut. Die parallel erfolgende EU-Aufrüstung erfordert einen gewaltigen Aufklärungsbedarf, da diese von der Mehrheit der Bevölkerung noch nicht wahrgenommen wird, bzw. in der propagandistischen Darstellung als „Friedens-Union“ untergeht.

Globale Gerechtigkeit ist eine Forderung, die von unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Bewegungen vertreten wird:

- humanitäre Hilfsorganisationen, z.B. ProAsyl, medico International, Brot für die Welt
- Umweltorganisationen, z.B. BUND, Greenpeace, Deutsche Umwelthilfe (DUH)
- Organisationen, die Fair trade-Konzepte fördern
- zumindest indirekt auch von Gewerkschaften, die gegen Produktionsverlagerungen in Billiglohnländer protestieren
- übergreifend im Attac-Netzwerk (Stichworte: Finanztransaktionen, globale Kapitalströme)

Übergreifende Forderungen für zivilgesellschaftliche Bewegungen sind:

- Haushalts-Umschichtungen zugunsten von Sozialausgaben: Hier lassen sich prägnante Beispiele dafür auflisten, welche Ressourcen der Rüstungsausgaben in anderen gesellschaftlichen Bereichen fehlen. Dieses betrifft sowohl die bundesweiten Haushaltsausgaben für Rüstung einerseits und Sozialausgaben andererseits, wie auch der Vergleich von Rüstungsprojekten mit gesellschaftlichen notwendigen, bzw. unterfinanzierten Einzelposten. Beispiele: notwendige Schulsanierungen, fehlende Kindertagesstätten, fehlendes Personal im sozialen Bereich. In der durch die Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“ herausgegebenen Abrüstungszeitung finden sich bereits solche Beispiele.
- Sozial-ökologische Transformation: Diese Forderung aus der Umweltbewegung beinhaltet im Kern eine Konversion von produzierender Industrie (für Güter des tatsächlichen Bedarfs) und regionaler Infrastrukturen (z.B. Mobilität für alle). Der Doppelbegriff drückt auch aus, dass diese umweltpolitische Vision nicht nur eine globale Nord-Süd-Frage ist, sondern auch eine gesellschaftliche Spaltung in unserem eigenen Land überwunden werden muss. Während Teile unserer Gesellschaft immer mehr Ressourcen für Konsumgüter und Energie verschwenden, verarmt hingegen ein zunehmend größerer Teil der Bevölkerung und kann vorhandene Ressourcen nur extrem sparsam nutzen. Es geht deshalb um ein neues Wohlstandsmodell unter ökologischen Restriktionen.
Dieses betrifft nicht nur Produkte der Automobilindustrie (Individualverkehr, Luftverschmutzung) und der Konsumgüterindustrie (eingebauter Verschleiß, Vermüllung), sondern auch die Rüstungsindustrie. Ähnlich gelagert ist der Degrowth-Diskurs in der Umweltbewegung, der jedoch nicht die begriffliche Schärfe der sozial-ökologischen Transformation aufweist und eine große Bandbreite verschiedener Strömungen mit unterschiedlicher Politisierung beinhaltet, was prinzipiell ja auch für die Friedensbewegung gilt.
- Kampf gegen den Klimawandel: Die weltweiten Militärausgaben lagen 2016 bei 1,7 Billionen Dollar, davon entstanden über 920 Milliarden durch NATO-Staaten. Hingegen wurden im gleichen Zeitraum nur 242 Milliarden Dollar für erneuerbare Energien ausgegeben, denen die Schlüsselrolle im Kampf gegen den Klimawandel zukommt. Thematisiert werden muss hierbei auch, dass die Rüstungsausgaben seitens der NATO-Staaten vor allem dem geostrategischen Ziel der weltweiten Sicherung von Ressourcen durch Ausplünderung des globalen

Südens dienen. Hierbei geht es vor allem um fossile Energieträger, das heißt um Energiequellen und Transportwege.

- Gerechter Handel mit den Ländern der dritten Welt: Hier gilt es, die Bandbreite der Problemursachen darzustellen, die sehr weit über zivilgesellschaftliche Fair Trade-Konzepte hinausgehen. Dazu gehört der Stopp von globaler Ausbeutung (z.B. durch aufgezwungene „Freihandelsabkommen“) sowie die finanzielle Unterstützung von Ländern des globalen Südens als Hilfe zur Selbsthilfe (anstelle von Rüstungsexporten!).

1.2.3 Entspannungspolitik jetzt

Entspannungspolitik ist nicht nur in Bezug auf Russland, sondern auch im Umgang mit dem Iran und Nordkorea einzufordern. Einhergehend mit diesen Konflikten erfolgt eine sich verschärfende Feinbildkonstruktion. Dominierend ist hierbei die Russophobie, die vor allem von politischen Kreisen in den USA und osteuropäischen Ländern an der russischen Westgrenze geschürt wird. Die deutsche Politik gegenüber Russland ist hingegen von widersprüchlichen wirtschaftlichen Interessen geprägt.

Zur Politik gegenüber Russland: Unabhängig von unterschiedlichen Sichtweisen zur russischen Außen- und Militärpolitik kann festgehalten werden: Die Angliederung der Krim wird aus völkerrechtlicher Sicht sehr unterschiedlich gesehen. Die Forderung nach normalen Beziehungen zu Russland, Aufhebung der EU-Wirtschaftssanktionen und Entspannungspolitik ist nur glaubwürdig bei gleichzeitigem Verzicht auf eine weitere Aufrüstung, die größtenteils mit militärischer Aggressivität Russlands begründet wird.

Zum Konflikt um Nordkorea: Diese Auseinandersetzungen werden geschürt von der Konfrontationspolitik der USA und deren langjährige Einmischung bei direkten Gesprächen zwischen den Regierungen Nord- und Südkoreas. Seitens der Bundesregierung könnte hierbei neben eigenen diplomatischen Einflussmöglichkeiten auch ein Signal durch Unterzeichnung des UN-Vertrages zur Ächtung aller Atomwaffen gesetzt werden.

Zu den Konflikten im mittleren Osten: Hier ist die Haltung der Bundesregierung gekennzeichnet durch ein Lavieren zwischen den verschiedenen Konfliktparteien, was sich aus der rein interessenbezogenen Außenpolitik der Bundesregierung ergibt. Dazu gehören z.B. Waffenlieferungen an Saudi-Arabien und der gleichzeitig gewünschte Ausbau von Wirtschaftsbeziehungen zum Iran. Vermittlungsfunktionen der Bundesregierung müssen hier zwar eingefordert werden, sind im Einzelfall aber vor diesem Hintergrund kritisch zu sehen.

Das gilt auch gegenüber dem türkischen Angriffskrieg im Norden Syrien, wo die Bundesregierung vor allem aufgrund des Flüchtlingsabkommens mit der Türkei sich zum Lavieren gezwungen sieht.

1.2.4 Atomwaffen abschaffen

Bereits langjährig bestehen seitens der deutschen Friedensbewegung folgende Teilforderungen:

- Verzicht auf die die atomare Teilhabe der Bundeswehr
- Abzug aller US-Atomwaffen aus Deutschland gemäß dem Bundestagsbeschluss vom März 2010

Stattdessen erfolgt seit Anfang 2017 eine Debatte zu einer direkten Verfügungsgewalt von Atomwaffen durch die Bundeswehr.

Die Verleihung des Friedensnobelpreis 2017 an ICAN ist ein Erfolg der zivilgesellschaftlichen Vernetzung von mehr als 450 Organisationen weltweit, die entscheidend zum UN-Abkommen zur Abschaffung von Atomwaffen beigetragen hat. Auf viele Länder wird massiv Druck seitens der USA und der NATO ausgeübt, zur Verhinderung des für die Rechtskräftigkeit notwendigen Quorums von mindestens 50 ratifizierenden Staaten. Dieses stellt eine weltweite Herausforderung für die Friedensbewegung dar.

1.3 Sonstige friedenspolitische Themen

Die vorliegende Schwerpunktsetzung berücksichtigt naturgemäß nicht die gesamte Bandbreite friedenspolitischer Forderungen. Deshalb sind nachfolgend weitere wichtige Forderungen nur der Vollständigkeit aufgeführt. „Sonstiges“ bedeutet hierbei keineswegs eine geringere Relevanz. Vielmehr sind die nachfolgenden Punkte direkt und indirekt auch in den o.g. Schwerpunkten enthalten.

Uranmunition: Hier besteht nach wie vor ein erheblicher Aufklärungsbedarf, wobei skandalisiert werden muss, dass es sich hierbei nicht nur um ein Kriegs-, sondern gleichzeitig um ein Umweltverbrechen handelt.

Rechtsentwicklung und AfD: Hiergegen gibt es eigene Initiativen, wie „Aufstehen gegen Rassismus“. Die Thematik für die Friedensbewegung besteht aber im Kern darin, ihre Positionen zu den Flüchtlings- und Migrationsfragen über die Darstellung von Fluchtursachen mit den vorliegenden Positionierungen offensiv darzustellen.

Zivilklauseln an Universitäten: Hierbei geht es um sich verschärfende Auseinandersetzungen, die vor allem bei der Umwandlung von Hochschulen in Stiftungsuniversitäten und der Akquisition von Drittmitteln für (militärische) Forschungsaufträge auftreten.

Bundeswehr an Schulen: Die Bundeswehr leidet zunehmend unter Rekrutenmangel und begegnet dem mit einer aggressiven Werbekampagne. Für Beschäftigte im Bildungswesen und der Gewerkschaft GEW stellt sich damit eine friedenspolitische Hauptaufgabe, um Strategien gegen die Präsenz von Jugendoffizieren und Karriereberatern der Bundeswehr zu entwickeln.

Cyberwar / Cyberpeace: Diese Thematik ist wegen ihrer Komplexität und deshalb vorhandener Wissensdefizite noch wenig in der Friedensbewegung verankert. Das ergibt sich auch aus so unterschiedlichen Stichworten wie: Datenspionage, Schadsoftware, militärische Cyber-Operationen und mediale Manipulationen. Ansatzpunkte sind hier die Aktivitäten des *Forums InformatikerInnen für Frieden und Gesellschaftliche Verantwortung (FifF)* und des *Global Network against Weapons and Nuclear Power in Space (space4peace)*.

2. Strategische Anforderungen und Aktivitäten

2.1 Optimale Zusammenarbeit unterschiedlicher Strömungen in der Friedensbewegung

Der Bundesausschuss Friedensratschlag arbeitet mit anderen Strömungen der Friedensbewegung sehr konstruktiv zusammen, insbesondere mit der Kooperation für den Frieden. Dieses hat sich in den letzten Jahren in zahlreichen gemeinsamen Pressemitteilungen und Aktionsplanungen niedergeschlagen. Über den seit 2016 bestehenden Beirat für Kampagnen in der Friedensbewegung erfolgt auch ein kontinuierlicher Austausch über strategische Herangehensweisen.

2.2 Entwicklung von Bündniskonstellationen mit der Umweltbewegung

Berührungspunkte mit der Umweltbewegung gab es bisher bei Großdemonstrationen wie gegen TTIP/CETA und G20. Eine weitere Annäherung muss von beiden Seiten entwickelt werden, indem zunächst der informelle Austausch über inhaltliche Überschneidungen herausgearbeitet wird, wie dieses bereits im vorliegenden Konzept unter 2.2.2. (Abrüstung für globale Gerechtigkeit) beschrieben wurde.

Insbesondere der Widerstand gegen (fremde) Militärbasen zeigt im weltweiten Vergleich, dass hierbei Umweltbelastungen durch das Militär wesentlich zur Mobilisierung beitragen. Als Beispiele können hier genannt werden: Ramstein, Okinawa, Südkorea, Sizilien (NoMUOS).

2.3 Identifikation von Kristallisationspunkten für erfolgreiche Kampagnen

Kristallisationspunkte des Widerstandes gegen Aufrüstung und Krieg können sowohl einzelne Themen wie auch militärische Standorte sein.

Von besonderer Bedeutung ist die Intensivierung der Kampagne „Abrüsten statt aufrüsten“, wobei die Aufklärungsarbeit und Einbindung von Materialien in Anlehnung an die internationale Kampagne demilitarize.org erfolgen kann. Hierbei kann darauf verwiesen werden, wofür man z.B. 30 Mrd. Euro alternativ ausgeben kann (siehe dazu die vorliegenden Clipart-Grafiken in der Abrüstungszeitung der Kampagne bzw. auf der Homepage abruesten.jetzt). Einer solcher Anknüpfungspunkt ist ähnlich gelagert wie bei der britischen Kampagne demilitarize.org.uk mit der Fragestellung: „How to spend 40 billion Pounds“ (Anmerkung: 40 Mrd. Ist die Größenordnung zu „Modernisierung“ der atomeraren Trident U-Boot-Flotte).

Der geplante Staffellauf gegen Waffenexporte „Frieden geht!“ von Oberndorf nach Berlin im Frühsommer 2018 bezieht sich sowohl auf eine Thematik, bei der eine hohe Zustimmung in der Bevölkerung vorhanden ist, wie auch auf die Einbeziehung von Rüstungsstandorten.

Bei den militärischen Einrichtungen in Deutschland hat sich vor allem die US Air Base Ramstein bzw. die Militärregion Kaiserslautern als Kristallisationspunkt für mehrere Themen erwiesen, angefangen von dem Protest gegen US-Kampfdrohneinsätze über die NATO AirCom-Zentrale bis hin zu Konversionskonzepten und Umweltbelastungen durch das Militär.

Die US-Kommandozentralen EUCOM und AFRICOM in Stuttgart können ähnliche Anknüpfungspunkte darstellen (Menschenkette vom EUCOM nach Neu-Ulm 1983, lokale Ostermärsche, evangelischer Kirchentag).

Gegen die NATO-Sicherheitskonferenz in München konnten in den letzten Jahren regelmäßig Großdemonstrationen organisiert werden. Die Proteste gegen das NATO-Exzellenzzentrum in Kalkar und die damit verbundenen JAPCC-Jahreskonferenzen in Essen erfolgen seit Jahren regelmäßig mit Demonstrationen und Kundgebungen prominenter Kundgebungsredner, jedoch bisher nur mit regionaler Beteiligung.

2.4 Intensivere Beteiligung an internationalen Netzwerken

Bereits bestehende internationale Netzwerke sind:

- International Campaign to abolish Nuclear weapons (ICAN)
- Global Network against Weapons and Nuclear Power in Space (space4peace)
- Internationale Koalition zur Ächtung von Uranwaffen
- Internationales Netzwerk: No to war - no to NATO
- Global Campaign on Military Spending (demilitarize.org bzw. demilitarize.org.uk)

Neben dem ICAN-Netzwerk ist vor allem „No to war – no to NATO“ bedeutsam für internationale Aktionen, wie zuletzt anlässlich des NATO-Gipfels in Brüssel im Mai 2017. Dieses Netzwerk ist auch relevant bei den jährlichen Gegenaktionen zur NATO-Sicherheitstagung in München.

In Gründung befindet sich darüber hinaus ein International Network against Military Bases, das aus dem Internationalen Kongress gegen Militärbasen am 8. und 9.9.2017 in Kaiserslautern im Rahmen der Ramstein-Aktionstage hervorgegangen ist.

2.5 Nutzung neuer Medien und Ansätze zur Politisierung junger Menschen

Vor allem bei jungen Menschen erfolgt heute eine Politisierung erheblicher weniger als in früheren Zeiten durch organisatorische Bindungen, sondern über soziale Medien. Mit der zunehmenden Nutzung von Online-Medien gewinnen auch alternative Medien (weitgehend altersunabhängig) eine zunehmende Bedeutung. Dieses führt auch innerhalb der Friedensbewegung zu Debatten darüber, welche Medien als vertrauenswürdig anzusehen sind und wie man zweifelhafte Positionen identifiziert. Diese Diskussionen müssen getragen werden von solidarischer Kritik und ohne denunziatorische Untertöne. Für die Friedensbewegung müssen vor allem bekannte Erfahrungen gegenwärtig sein, wie „Jeder Krieg beginnt mit einer Lüge“ und „Das erste Opfer im Krieg ist immer die Wahrheit“.

Für ältere Friedensbewegte muss ein Bewusstsein für Bildungsdefizite jüngerer Menschen sowie anders gelagerte Bedürfnisse nach Aktions- und Organisationsformen vorhanden sein.

2.6 Ausbau der medialen Präsenz des Bundesausschusses Friedensratschlag

Die mediale Präsenz des Bundesausschusses Friedensratschlag erfolgt über

- das zweimonatlich erscheinende Friedensjournal (seit 2002)
- die Homepage friedensratschlag.de (seit Ende 2014 – vorher ag-friedensforschung.de)
- die Facebook-Seite (seit 2015), ca. 1 Eintrag pro Woche
- (unregelmäßig) eigene Pressemitteilungen
- gemeinsame Pressemitteilungen mit anderen Strömungen der Friedensbewegung

Über die Homepage erfolgen u.a.

- Übersicht aller lokalen/regionalen Friedensinitiativen (soweit mit eigener Homepage präsent)
- Übersicht bundesweiter und internationaler Kampagnen
- Hinweise auf / Mobilisierung für zentrale Aktionen der Friedensbewegung
- Dokumentation der jährlichen Friedensratschläge (Manuskripte und Videos, soweit verfügbar), auch als Hinweis auf ReferentInnen, die für örtliche Veranstaltungen zur Verfügung stehen
- Verlinkung von Online-Publikationen (teilweise auch direkt als PDF-Dateien abrufbar) in den Rubriken
 - Friedenspolitische Berichte und Analysen (ca. 700 pro Jahr)
 - Standpunkte in der Friedensbewegung (ca. 100 pro Jahr)
 - Medienkritik (ca. 70 pro Jahr – wird derzeit intensiviert)
 - Videos (ca. 2 Einträge pro Monat – ohne Ratschlags-Videos)

3. Zusammenfassende Thesen

1. Ausgaben für Sozialleistungen, öffentliche Infrastruktur und gemeinnützige Dienstleistungen sind im direkten Zusammenhang mit Rüstungsausgaben zu sehen, was an zahlreichen Beispielen anschaulich dargestellt werden kann. Damit können auch gewerkschaftliche Forderungen unterstützt werden. Basis hierfür ist der Aufruf „Abrüsten statt aufrüsten“.
2. Die Forderung nach Abrüstung für globale Gerechtigkeit muss mit der umweltpolitischen Forderung nach sozial-ökologischer Transformation zusammen geführt werden. Diese beinhaltet im Kern eine Konversion von Industrieproduktion auf sozial und ökologisch nachhaltige Produkte. Hierbei hat auch die Rüstungsindustrie einen erheblichen Stellenwert.
3. Gegenüber der Umweltbewegung muss das globale Ausgabenverhältnis von Rüstung und erneuerbaren Energien aufgezeigt werden. Eine Klimakatastrophe kann nur verhindert werden, wenn diese Relationen drastisch verschoben werden. Die Forderung nach Abrüstung beinhaltet auch eine Abkehr von der gewaltsamen Sicherung fossiler Energieträger und damit dem wichtigsten Grund für Aufrüstung und Krieg. *)
4. Der dominierende politische Diskurs in Deutschland zur Flüchtlingsthematik hat zu einer Rechtsentwicklung geführt, die nicht nur eine Auseinandersetzung mit der AfD erfordert, sondern mit opportunistischen Anpassungen in anderen Parteien an deren Positionen. Es ist Aufgabe der Friedensbewegung, auf Fluchtursachen hinzuweisen, sowie für eine Verteidigung des Asylrechts und freizügige Aufenthaltsrechte einzutreten.
5. Die Forderung nach Unterzeichnung des UN-Vertrages zur Ächtung aller Atomwaffen muss in den Bundestag und den politischen Diskurs eingebracht werden. Die kontinuierlichen Aktionen in Büchel erfordern eine möglichst zahlreiche Beteiligung vieler örtlicher Friedensinitiativen.
6. Die internationale Vernetzung kann zu Impulsen für Kampagnen und Aktionen in Deutschland führen, auch wenn die nationalen Gegebenheiten sich in unterschiedliche Beweggründe gegen NATO-Präsenz und Militärstandorte niederschlagen.
7. Die Art und Weise der Nutzung neuer Medien muss sowohl für die Wahrnehmung friedenspolitischer Themen wie auch zur solidarisch-kritischen Weiterentwicklung der Friedensbewegung erfolgen.

Fassung des Manuskriptes vom 8.2.2018

Kontakt an den Verfasser unter kp@frieden-und-zukunft.de oder Tel. 069-96868857

*) Zur Zusammenarbeit von Friedens- und Umweltbewegung siehe auch

<https://www.rubikon.news/artikel/vor-welcher-bedrohung-retten-wir-die-welt>

Bezüglich der Entwicklung von Kampagnen siehe auch

http://www.frieden-und-zukunft.de/userfiles/pdf/2017/2017-09_Peil_Kampagnen.pdf